

Viel Gewalt, kein Problemknast

Was geschah 2004/2005 in der JVA Rockenberg? Eine Ausbilderin erhebt schwere Vorwürfe

Von Anke Engelmann

Im Knast gibt es viel Gewalt, das ist ein offenes Geheimnis. Nicht immer geht es um Machtkämpfe zwischen den Häftlingen – es kommt auch vor, dass Beamte zum Faustrecht greifen.

In der hessischen Justizvollzugsanstalt (JVA) Rockenberg sollen drei Angestellte im Frühjahr 2005 fünf Insassen misshandelt haben. Beweis: Prellungen im Gesicht und an den Beinen der Häftlinge sowie ein Trommelfell-Riss, so die Diagnose einer Amtsärztin. Freispruch, so das Urteil gestern. Das Gericht hatte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugen und befand, die Schuld der Angeklagten habe nicht zweifelsfrei erwiesen werden können.

Zur Zeit sitzen 173 junge Straftäter zwischen 16 und 21 Jahren in Rockenberg, die eine von zwei Jugendstrafanstalten in Hessen ist. Bis zu 20 Jugendliche teilen sich eine Station, betreut von fünf Beamten und einem Sozialarbeiter, erläutert der Anstaltspsychologe und stellvertretende Leiter Roland Kunze – ein guter Betreuungsschlüssel. Unter den Häftlingen sei Gewalt natürlich Thema, sagt Kunze. Schließlich sitzt ein erheblicher Teil wegen Körperverletzung und Raub. Doch dass Gewalt auch von Vollzugsbeamten ausgehen könne, streitet er vehement ab.

»Massiv überbelegt«

Auch wenn in Rockenberg heute alle Gefangenen Einzelzellen haben – zwischen 2004 und 2005 war die Anstalt »massiv überbelegt«, räumt Kunze ein. Auslöser war ein BGH-Urteil, nach dem Gemeinschaftszellen nur dann zulässig sind, wenn die Toilette mit einer Wand abgetrennt ist. Das hatte zu



Jugendknast in Rockenberg, aufgenommen 2004/2005 Fotos: Loco E Motion

einer Häftlings-Umverteilungswelle geführt. Doch habe es in dieser Zeit nicht mehr Gewalt gegeben, beteuert der Psychologe.

Im Landtag sah man das anders: Seit Dezember 2004 sei es jeden Monat im hessischen Strafvollzug zu »besonders schwerwiegenden Vorfällen« gekommen, so Andreas Jürgens im Oktober 2005 damals und heute rechtspolitischer Sprecher der Grünen im Hessischen Landtag. Sexuelle Übergriffe, Flucht und Fluchtversuche, Angriffe auf Vollzugsbeamte, Suizide sowie Todesfälle zählte er in seiner Rede auf und forderte den Rücktritt des damaligen CDU-Justizministers Christean Wagner. Der gab sein Amt tatsächlich im November 2005 ab. Rockenberg sei kein Problemknast, Beschwerden kämen nur selten, so Jürgens heute.

Viel Gewalt hat damals auch Andrea Jacob erlebt. Im Auftrag der Arbeitsagentur Gießen führte ihre Firma, der Bildungsträger Loco

E Motion, in Rockenberg zwischen 2004 und 2005 berufsvorbereitende Maßnahmen durch. Immer noch ist die Kreistagsabgeordnete der humanistischen Linken angespannt, wenn sie sich an ihre »Knasterfahrung« erinnert: Wegen der »unglaublichen Zustände« habe sie sich mehrfach an das Justizministerium gewandt. Nicht nur, dass Räume und Sanitäranlagen »verschmutzt und mit Abfällen vollgestellt« waren, wie ein Gedächtnisprotokoll und Fotos dokumentieren. Nicht nur, dass Werkzeuge und Unterrichtsmaterialien fehlten, kein Computerraum zur Verfügung stand, keine Infos über die Teilnehmer der Maßnahme gegeben wurden. Nicht nur, dass ihre Mitarbeiter so gemobbt wurden, dass einer ihrer Ausbilder mehrfach umkippte und mit Herzkreislaufstörungen ins Krankenhaus kam.

Der Vorwurf, den Andrea Jacob macht, wiegt schwerer: Ihre Leute

mussten die Gefangenen beaufsichtigen, eine unstrittig hoheitliche Aufgabe. Die JVA sah das anders: Ein Protokoll vom 8.2.2005, von JVA-Geschäftsleiter Stumpf unterzeichnet, vermerkt: »Die Beaufsichtigung der Gefangenen wird innerhalb der berufsvorbereitenden Maßnahme geregelt.« Am 15.4.2005 passierte es: Als Zimmerermeister Torsten V. mit vier Gefangenen das Frühstück holte, für sechs Minuten die restliche Truppe einschloss und allein zurückließ, verprügelten einige von ihnen einen jungen Gefangenen und vergewaltigten ihn mit einem Besenstiel.

»Viel Ärger mit Frau Jacob«

Heute ist ihr Betrieb pleite, weil nach einem entsprechenden Artikel in der »Süddeutschen Zeitung« die Arbeitsagentur für andere Aufträge nicht mehr gezahlt habe, so Andrea Jacob. Ihre sechs Mitarbeiter und elf Azubis landeten wie sie auf der Straße. Zudem hat sie sich bei allen unbeliebt gemacht. »Wir hatten mit Frau Jacob viel Ärger«, erinnert sich Roland Kunze, der seit 36 Jahren in Rockenberg arbeitet, an die renitente Frau. Eine Verantwortung der JVA sieht er nicht, schließlich habe jeder Ausbilder Aufsichtspflichten, der in der JVA tätig sei. Die Arbeitsagentur weist den Verdacht zurück, die Unternehmerin finanziell unter Druck gesetzt und damit mundtot gemacht zu haben. Wegen fehlender Abrechnungen habe man nicht gezahlt, das habe nichts mit Rockenberg zu tun, so Agentur-Sprecher Horst Hahn. Darüber wird das Gericht entscheiden: Andrea Jacob, inzwischen ALG II-Empfängerin, hat gegen die Agentur eine Amtsklage eingeleitet.

■ Forderungen zum G 8-Gipfel vorgelegt

Rostock (epd/ND). Einen umfangreichen Forderungskatalog zum Weltwirtschaftsgipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm haben 42 deutsche Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht. Der G 8-Gipfel müsse sich auch mit den beiden wichtigen Themen der Verschuldung der Entwicklungsländer und des rasch voranschreitenden Verlustes der biologischen Vielfalt weltweit beschäftigen, heißt es in dem Positionspapier. Bei der Globalisierung der Weltwirtschaft dürften die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit nicht überschritten sowie Armut und Unterentwicklung von weiten Teilen der Menschheit nicht vergrößert werden. Zu den Unterzeichnern des Papiers gehören unter anderem die kirchlichen Hilfswerke »Brot für die Welt« und Misereor sowie Greenpeace, WWF, der Weltfriedensdienst und das Aktionsbündnis gegen Aids. Gefordert wird unter anderem ein Bekenntnis zum Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen. Zudem sollen sich die Industriestaaten dazu verpflichten, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

■ Ost-SPD will Geld für Studenten

Erfurt (dpa/ND). Mehrere Ost-Politiker der SPD haben sich für ein neues Modell zur Hochschulfinanzierung in Deutschland ausgesprochen. Danach soll jedes Bundesland bis zu 20 000 Euro im Jahr für einen Studenten zahlen, der in einem anderen Bundesland studiert. Somit hätten die neuen Länder den Anreiz, Studienplätze für Abitur